Der Fall Margarete Reuter

Thema 9

Margarete Reuter arbeitet als Religionslehrerin in einem Pfarrhaus in Brüel. Neben der Vorbereitung junger Christen auf die Konfirmation ist sie ehrenamtliche Leiterin der örtlichen Jungen Gemeinde.

Im Februar 1953 begehrt ein Polizist Einlass, um – wie er sagt – „eine kleine Haussuchung“ vorzunehmen. Die junge Frau gewährt ihm Zutritt. Nach kurzem Stöbern in einem Bücherregal gerät dem Mann ein Kinderbuch mit dem Titel „Die Schwestern aus Memel“ in die Hände. Die Erwähnung des Namens einer ehemaligen deutschen Stadt im Osten dient als Vorwand, um Margarete Reuter wegen „Rassenhetze“ abzuführen. Bei der polizeilichen Vernehmung spielt das fragliche Buch dagegen kaum noch eine Rolle. Stattdessen kreisen die Fragen um die Junge Gemeinde und deren angebliche Hintermänner.

Nach der Überführung in die Schweriner Untersuchungsanstalt des MfS werden Margarete Reuter Vorhaltungen gemacht, die sich auf zwei Jahre zurück liegende Ereignisse beziehen. Damals besuchte sie das Katechetische Seminar in Schwerin. Gemeinsam mit Studienkollegen stand sie häufig auf dem Balkon des Seminargebäudes, um den Insassen des benachbarten Gefängnisses in der Klosterstraße mit dem Gesang von Liedern Trost zu spenden.

Der Prozess gegen die 25jährige Christin endet mit einer Verurteilung zu acht Jahren Zuchthaus wegen „Kriegs- und Boykotttätze“. Während der Verlesung der Urteilsbegründung ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Unmittelbar nach der Verhandlung wird der Verurteilten die fast zwei Monate alte Nachricht überbracht, dass ihre Schwester bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückt ist.

Lebenslauf

- 03.04.1928 Geboren in Hohenkirchen bei Wismar als viertes Kind des Bauern Hans Reuter und seiner Frau Emma.
- 1934 Einschulung in Hohenkirchen.
- 1945 Abschluss der Mittelschule in Wismar.
- 1945-1947 Tätigkeit auf dem elterlichen Hof.
- 1947/48 Neulehrerausbildung in Stralsund.
- 1948/49 Schulamtsanwärterin in Groß-Woltersdorf bei Wismar.
- 1949-1951 Besuch des Katechetischen Seminars in Schwerin.
- Herbst 1951 Katechetin in Brüel.
- 27.02.1953 Verhaftung, anschließend zum Verhör nach Sternberg.
- 28.02.1953 Überstellung in das Brüeler Gefängnis.
- 18.03.1953 Nach weiteren Verhören in Sternberg Transport in die Haftanstalt am Demmlerplatz.
- 27.05.1953 Verurteilung durch den 1. Strafsenat des Bezirksgerichts Schwerin zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren und Vermögenseinzug gemäß Artikel 6 der Verfassung der DDR sowie der für die Ahndung von Nazi- und Kriegsverbrechen vorgesehenen Kontrollratsdirektive Nr. 38 Abschnitt II Art. III A III.
- 05.06.1953 Antritt der Strafhaft im Frauengefängnis Bützow.
- Mai 1954 Herabsetzung der Zuchthausstrafe auf vier Jahre.
- 22.12.1955 Vorzeitige Entlassung nach Hohenkirchen.
- 01.09.1956 Wiederaufnahme der Katechetischen Arbeit in Kühlungsborn.
- 03.12.1957 Heirat mit Pastor Ludwig Wegener.
- 04.12.1957 Übernahme der Pfarre in Groß Varchow, Kreis Waren.
- 04.11.1992 Rehabilitierungsbeschluss des Landgerichts Schwerin über die Anerkennung der zu Unrecht verbüßten Haftstrafe.
- 1996 Pensionierung.
- seit 2002 Teilnahme an den jährlich stattfindenden Häftlingstreffen ehemaliger politischer Häftlinge in Bützow.
- 2004 Tod des Ehemanns.
- 2008 Veröffentlichung der Autobiographie „Erst wenn die Deutschen sich ihre Geschichte erzählen ...“
- 15.01.2017 Verstorben im Alter von 88 Jahren.

Als „Beweisstücke“ beschlagnahmte Bücher aus dem Besitz von Margarete Reuter, 1953. ¹
BStU, Ast. Schwerin, AU 43/53, Bd. 1, o. Bl.

Uing. 27.5.53

IM NAMEN DES VOLKES!

In der Strafsache

gegen die Katechetin Margarete Reuter, geb. am
24.1928 in Hohenkirchen, Krs. Wismar, wohnhaft in
Brüel, Pfarrhof, deutsch, ledig, Vorstrafen angeblich
keine, seit dem 27.3.1953 in U.-Haft,

wegen Verbrechens nach Art.6 d.Verf.d.DDR und Kontr.Dir.38,
Abschn.II, Art.III A III

hat der Strafsenat I des Bezirksgerichts Schwerin in
der Sitzung vom 27. Mai 1953, an der teilgenommen
haben:

Richter am Bezirksgericht Mai
als Vorsitzender,

Schaltwärter [REDACTED] Schwerin,
Sachbearbeiter [REDACTED], Schwerin,
als Schöffen,

Staatsanwalt Enskat
als Anklagevertreter,

Justizangestellte [REDACTED]
als Schriftführerin

für Recht erkannt:

Die Angeklagte wird wegen Verbrechens nach Art.6 d.Verf.d.
DDR und der Kontr.Dir.38, Abschn.II, Art.III A III zu
einer Zuchthausstrafe von

8 Jahren

unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Ihr Vermögen wird eingezogen.

Der Angeklagten werden ferner die Sühnemassnahmen der
Ziffern 3-9 des Art.IX der Kontr.Dir.38 auferlegt, wobei
die Beschränkung der Ziffer 7 auf 5 Jahre festgesetzt wird.

Die Kosten des Verfahrens hat die Angeklagte zu tragen.

Vorstehendes Urteil ist mit Ablauf
des 27. Mai 1953
rechtskräftig geworden.

Schwerin, den 27. Mai 1953

Der Baurkunder
der Geschäftsstelle des Bezirksgerichts,

[Signature]
Sekretär des Bezirksgerichts

1

Aus der Urteilsbegründung des I. Strafsenats des Bezirksgerichts Schwerin, 27. Mai 1953:

Die Angeklagte kann für sich nicht geltend machen, dass sie aus ihrem Glauben heraus das Strafbare ihres Tuns nicht erkannt habe, oder sich dessen nicht bewusst gewesen sei. Sie war durch die ihr zuteil gewordene Entwicklung reif genug zu erkennen, dass sie Mißbrauch mit dem christlichen Glauben im Rahmen ihrer „Jungen Gemeinde“ betrieb und die Mitglieder derselben vom aktiven Kampf um die Erhaltung des Friedens abhielt, dass sie in einem gewissen Grade Zersetzungsrbeit trieb, die gegen die Deutsche Demokratische Republik und die mit ihr befreundeten Völker gerichtet war.

Die unseren Bürgern in der Verfassung [...] garantierte Religionsfreiheit darf nicht [...] zu Zwecken mißbraucht werden, die unserer Gesellschaft zum Nachteil gereichen. [...]

Nach Überzeugung des Senats hat sich die Angeklagte objektiv und subjektiv im Sinne der Anklage [...] schuldig gemacht. Sie hat Boykotttätze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen sowie Kriegshetze betrieben und dadurch den Frieden des deutschen Volkes und den der Welt gefährdet.

BEZIRKSGERICHT

1. Strafsenat

Schwerin .den 18.November 1954

1 Ks 92/53

(Bei Antwort Angabe erbeten)

Herrn
Hans R e u t e r

in Hohenkirchen

=====

Betr.: Strafsache gegen Margarete Reuter.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 12.10.1954.

Auf Ihr Schreiben vom 12.10.1954 wird mitgeteilt, dass Ihrer Tochter Margarete Reuter noch keine bedingte Strafaussetzung gemäss § 346 StPO gewährt werden kann. Der Umstand des von ihr begangenen Verbrechens lässt eine solche noch nicht zu. Der Strafzweck, nämlich Ihre Tochter zu einem künftigen verantwortungsbewussten Verhalten zu erziehen, ist noch nicht als erfüllt zu bezeichnen. Die gleiche Ansicht wird auch von dem Staatsanwalt des Bezirks Schwerin, Abt.1, vertreten.

b.w.

1 AR 147/55

1 Ks 92/53

1 Vhs 171/53

B e s c h l u s s .

In der Strafsache

gegen die Katechetin Margarete ^Ke ^ut ^er, geb.am
3.4.1928 in Hohenkirchen, Krs. Wismar, wohnhaft
in Brühl, Pfarrhof, deutsch, ledig, z.Zt. in
Strafhaft

wegen Verbrechen nach Artikel 6 der Verfassung der
Deutschen Demokratischen Republik

wird der Verurteilten auf Antrag des Staatsanwalts des
Bezirks Schwerin gemäss § 346 StPO für den Rest der durch
Urteil des I. Strafsenats des Bezirksgerichts Schwerin
vom 27. Mai 1953 gegen sie erkannten und durch Gnaden-
entscheidung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen
Republik auf 4 Jahre herabgesetzten Zuchthausstrafe be-
dingte Strafaussetzung für die Dauer einer 3-jährigen
Bewährungsfrist mit dem Ziele des Straferlasses gewährt.

Die Wirksamkeit dieses Beschlusses wird auf den
22. Dezember 1955 festgesetzt.

G r ü n d e :

Die Verurteilte war zur Zeit der Tat noch verhältnis-
mässig jung. Sie beging ihre strafbare Handlung aus ihrer
religiösen Befangenheit und hat deshalb die Gefährlich-
keit derselben für unsere Gesellschaft nicht voll er-
kannt. Von der gegen sie erkannten und im Gnadenwege auf
4 Jahre herabgesetzten Zuchthausstrafe hat sie ein-
schliesslich der ihr angerechneten Untersuchungshaft
2 Jahre und 8 Monate verbüsst. Im Strafvollzug hat sie
sich ordentlich geführt und war bemüht, die ihr über-
tragenen Arbeiten zufriedenstellend zu verrichten.
Nach Mitteilung des Leiters der Strafvollzugsanstalt
ist sie bemüht, ihre Verfehlung wiedergutzumachen.
Ihr Verhalten während des Strafvollzuges lässt den Schluss
zu, dass sie sich während der Bewährungszeit und auch
später so verantwortungsbewusst verhalten wird, wie es
von jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik
verlangt werden muss.
Erfüllt sie die in sie gesetzten Erwartungen nicht, so
kann das Gericht die Vollstreckung der Reststrafe an-
ordnen.

Ausgefertigt:
Schwerin, den 13. Dez. 1955

Schwerin, den 13. Dezember 1955
Bezirksgericht-I. Strafsenat

Sekretär

gez. Mai
Vorsitzender

1

Entlassungsschein

~~Herr~~ ~~Frau~~ Fräulein Reuter, Margarete geboren am 3.4.1928 in Hohenkirchen
(Name) (Vorname)

wurde am 22. Dezember 1955 aus der StVA/HKH Bützow-Dreibergen
nach Hohenkirchen, Kreis Wismar entlassen.

Verpflegung wurde ausgehändigt bis einschließlich 23. Dezember 1955
Kohlenkarte wurde nicht ausgehändigt
Eigengeld, Arbeitsentlohnung sowie Reisegeld in Höhe von 85,33 DM und Fahrkarte
bis zum Entlassungsort erhalten.

~~Er~~ Sie ist nicht im Besitz eines gültigen DPA.

Der Entlassungsschein hat Gültigkeit bis 24. Dezember 1955 (3 Tage) und berechtigt zur Fahrt
nach Hohenkirchen, Kreis Wismar Leiter der Strafvollzugsanstalt

Polizeilich gemeldet am 24.12.1955
i.V. VP.-O.Komm.
(Unterschrift)

Amt für Arbeit und Berufsausbildung gemeldet am 24.12.1955
Rat des Kreises Wismar-Land

Amt für Sozialfürsorge gemeldet am 24.12.1955
Land Rostock
Abteilung Arbeit und Berufsausbildung
= Arbeitskennzeichnung =

Bez. Verw. Strafvollzug
Schwerin

Schw. 20.1.56

in der Strafsache ~~DDP~~ Schwerin

(Ort, Datum)

Aktenzeichen: 171/53

Sie werden ersucht, die untenstehend berechnete Kostenschuld von

238 DM 50 Dpf

~~konkreter Wert~~ auf das Konto Nr. 8299 bei der DNB

Schwerin einzuzahlen oder zu überweisen. (Aktenzeichen angeben!)

~~Nach Ablauf der Zahlungsfrist ist die zwangsweise Einziehung ohne weitere Mahnung zu erfolgen.~~ einer

Kann die Zahlung innerhalb ~~der Zahlungsfrist~~ Frist nicht erfolgen, so ist der Grund u m
gehend unter Angabe des Aktenzeichens mitzuteilen.

Teilzahlungen können gewährt werden

Mstr
(Unterschrift)

Kostenrechnung

in der Strafsache Margarete Reuter

Lfd. Nr.	Gegenstand des Kostenansatzes und Hinweis auf die angewandte Vorschrift	Es sind zu zahlen	
		DM	Dpf
1	2	3	
	Haftkosten für 159 Hafttage x a 1.50 DM. =	238	50
Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben wird die Kostenrechnung übersandt. Die geleisteten Arbeitstage sind in Abzug gebracht.			

1